Deutscher Bundestag **Drucksache 17/6299**

17. Wahlperiode 28. 06. 2011

Antrag

der Abgeordneten Dr. Wilhelm Priesmeier, Heinz-Joachim Barchmann, Doris Barnett, Sören Bartol, Dirk Becker, Gerd Bollmann, Klaus Brandner, Willi Brase, Marco Bülow, Martin Burkert, Petra Crone, Elvira Drobinski-Weiß, Petra Ernstberger, Iris Gleicke, Günter Gloser, Kerstin Griese, Rolf Hempelmann, Gustav Herzog, Gabriele Hiller-Ohm, Dr. Eva Högl, Frank Hofmann (Volkach), Josip Juratovic, Ulrich Kelber, Dr. Bärbel Kofler, Ute Kumpf, Steffen-Claudio Lemme, Gabriele Lösekrug-Möller, Dr. Matthias Miersch, Dietmar Nietan, Thomas Oppermann, Holger Ortel, Heinz Paula, Mechthild Rawert, René Röspel, Karin Roth (Esslingen), Michael Roth (Heringen), Axel Schäfer (Bochum), Werner Schieder (Weiden), Frank Schwabe, Dr. Martin Schwanholz, Rolf Schwanitz, Stefan Schwartze, Rita Schwarzelühr-Sutter, Peer Steinbrück, Kerstin Tack, Ute Vogt, Dr. Marlies Volkmer, Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Gemeinsame Europäische Agrarpolitik nach 2013 – Konzept zum „Greening“ der Direktzahlungen vorlegen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die zukünftige Gemeinsame Agrarpolitik wird verstärkt auf die neuen Herausforderungen – Klimawandel, Wassermanagement, Bodenschutz, Erhalt der biologischen Vielfalt sowie verstärkter Einsatz erneuerbarer Energien im Agrarsektor – ausgerichtet sein. Dazu hat die Europäische Kommission im November 2010 vorgeschlagen, dass die gesellschaftlichen Leistungen der Landwirte berücksichtigt werden müssen, wenn diese Direktzahlungen erhalten wollen. Ein Teil der obligatorischen Leistungen, die Landwirte zukünftig erbringen müssen, sollten im Rahmen einfacher, allgemeingültiger, jährlicher und vertraglich nicht gebundener Agrarumweltmaßnahmen erfolgen. Damit diese möglichst unbürokratisch umgesetzt werden können, kommt es auf eine intelligente Auswahl der Maßnahmen an.

Vorgeschlagen werden von der EU-Kommission Maßnahmen wie z. B. die ganzjährige Bodenbedeckung, Fruchtfolgenwechsel, Erhaltung von Grünland sowie ökologische Brachen.

Dieses sogenannte Greening in der ersten Säule der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik wird von einer breiten Mehrheit der Gesellschaft und den zivilgesellschaftlichen Gruppen unterstützt.

Es kommt jetzt darauf an, den Diskussionsprozess um eine grünere Agrarpolitik auf europäischer Ebene aktiv mit zu gestalten. In diesem Zusammenhang sind die internationalen, europäischen und nationalen Vereinbarungen

zum Klimaschutz und zur biologischen Vielfalt zu beachten. Die Erfordernisse an einen moderne und artgerechte Tierhaltung und eine nachhaltige Biomasseproduktion müssen ebenfalls berücksichtigt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. aktiv an der Ausgestaltung der Greening-Komponente für die Direktzahlungen auf europäischer Ebene mitzuwirken;
2. umgehend ein Greening-Konzept für die erste Säule vorzulegen, das die Kriterien einfach, allgemeingültig, jährlich und vertraglich nicht gebundene Agrarumweltmaßnahmen erfüllt;
3. in die Verhandlungen zur Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik bis 2020 folgende Maßnahmen als Greening-Komponenten der ersten Säule einzubringen:
   a) Striktes Umbruchverbot von Dauergrünland,
   b) obligatorische Winterbegrünung,
   c) obligatorische Vorgaben zur Umsetzung einer dreigliedrigen Fruchtfolge,
   d) Bereitstellung von Extensivierungsflächen für Umweltzwecke,
   e) Finanzierung der Natura-2000-Programme,
   f) Finanzierung des ökologischen Landbaus.

Berlin, den 28. Juni 2011

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333